

Protest gegen die Essener Nato-Strategie-Konferenz 2023

→ Kein Platz für NATO-Kriegs-Schmiede in Essen und auch nicht anderswo!

Das Essener Friedensforum protestiert zusammen mit weiteren Friedenskräften der Stadt gegen die Genehmigung der Tagung der Nato-Strategieschmiede JAPCC, die das Kampfgeschehen in einem europäischen Krieg zum Thema hat.

Spitzenkräfte der Nato planen, sich vom 10. bis zum 12. Oktober dieses Jahres, in der Messe Essen über den Einsatz von konventionellen und nuklearen Arsenalen in einer Konfrontation mit einer feindlichen Macht zu beraten.

Das Vorbereitungsmanuskript dieser Tagung liest sich streckenweise wie die Anleitung für den Einsatz von Kriegswaffen in einem Kampfgeschehen der Nato mit der Atommacht Russland.

Den Tagungsunterlagen zufolge geht es darum, wie im Kalten Krieg „den militärischen Vorteil der USA ... aufrechtzuerhalten, indem der zahlenmäßige Vorteil der UdSSR (und nun aktuell Russlands, B.T.) bei konventionellen Streitkräften durch den Einsatz überlegener nuklearer Fähigkeiten ausgeglichen“ werden kann (S.84). Dabei geht es um ein operatives Konzept mit präzisen Waffen (S.85), das den Atomkrieg, also den finalen Krieg der Menschheit, mit einkalkuliert: „Keine Erfindung hat ... einen so enormen Einfluss auf das ... Konzept des Krieges wie Atomwaffen“, mit denen ganze Städte zerstört werden können und durch die „Streitkräfte eine stärkere Position auf dem Schlachtfeld“ erreichen“ (S. 100)

Solche Inhalte in den Unterlagen, die für Mitte Oktober in der Messe Essen geplanten Nato-Konferenz, widersprechen dem § 26 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ... , sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Diese Strategien gefährden das Leben in unserer ökologisch und militärisch bedrohten Welt.

Der Essener Oberbürgermeister ist Mitglied der von Hiroshima ausgehenden Organisation »Mayors for Peace« und er bestätigt damit, die grundsätzliche Aussage der Mayors for Peace, dass „Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind und versuchen, ... die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen.“

Aus diesen Gründen fordern wir den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Essen auf, sich dafür einzusetzen, dass derartige Veranstaltungen nicht stattfinden.

Essens OB Thomas Kufen hat auch als Vorsitzender des NRW-Städtetages sowie als Präsidiumsmitglied im Bundesstädtetag die Möglichkeit und die Verantwortung, in diesem Sinn überregional zu wirken. Wir setzen uns dafür ein, dass Herr OB Kufen seinen bundesweiten Einfluss für die Ziele der Mayors for Peace nutzt und entsprechend wirkt.



Monika Jennis, Bernhard Trautvetter
Sprecher/in d. EFF

Unterstützt durch:

